

--> 1 Jahr Pilotschulen Inklusion: eine erste Bestandsaufnahme

Das Bildungsministerium veröffentlichte am 30. Mai eine Broschüre "[Schule für alle - erste Bilanz und Ausblick](#)". Darin werden unter anderem der derzeitige Stand des gemeinsamen Unterrichts und die nächsten Schritte vorgestellt.

Der Landesrat der Eltern (LER) wird sich im Herbst 2013 mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung beschäftigen. Die bisherigen Rückmeldungen sind sehr unterschiedlich. Mehreren Pilotschulen bescheinigen die Elternvertreter(innen) einen guten Start. An anderen Schulen ist angesichts der knappen personellen Ausstattung und Krankheitsausfällen an einer Umsetzung des Inklusionskonzeptes nicht zu denken. Darauf haben die Vertreter des LER gegenüber dem Ministerium und auch öffentlich mehrmals hingewiesen, so auch auf dem Runden Tisch Inklusion. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz von Sonderpädagogen im Vertretungsunterricht, sondern auch darum, dass durch Zusammenlegung von Klassen, Vertretungslehreinsatz und anderen Maßnahmen die Voraussetzungen für individuelle Förderung dann nicht mehr gegeben sind. Davon unabhängig verweisen Lehrkräfte vor Ort darauf, dass es beim Förderbedarf emotionale und soziale Entwicklung ("Verhaltensauffällige") nach wie vor häufig noch große Probleme gibt.

Die Oppositionsparteien benennen fehlende Ressourcen und Problembereiche bei der Umsetzung. Die CDU hält das Projekt gar für gescheitert ([laut pnn vom 12.6.2013](#)) und die FDP wird in der MAZ vom 13.6.2013 zitiert: „Der Ansatz der inklusiven Schule ist richtig, die Durchführung aber bisher misslungen“. B90/Grüne verweisen in einer [Pressemitteilung](#) insbesondere auf die fehlende Änderung des Schulgesetzes, die mangelnde Unterstützung im Hortbereich und den Vertretungseinsatz von Sonderpädagogen.

In der [Stellungnahme der GEW](#) betont die Gewerkschaft, dass der gemeinsame Unterricht in Brandenburg noch keine inklusive Beschulung ist und verweist insbesondere auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte.

Die Novellierung des Schulgesetzes zur Inklusion wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchgeführt. Damit sind auch erst einmal die Pläne verschoben, die Inklusion für Lernbehinderte flächendeckend einzuführen. Die rot-rote Koalition überlässt es der nächsten Regierung, wie weiter verfahren werden soll. Das Ministerium kommt damit insbesondere auch den Wünschen vieler Eltern und Schulen entgegen, die eine längere Pilotphase wünschen, damit die Schulen mehr Erfahrungen sammeln können. Der Landeselternrat weist darauf hin, dass häufig die weitere Betreuung von Kindern mit Förderbedarf nachmittags im Hort nicht gewährleistet ist und hat sich auch dafür ausgesprochen, die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation über die geplanten zwei Jahre hinaus zu verlängern.

--> Inklusion ja - aber richtig!

Die AWO hat am 5.3.2013 eine [Internetseite zur gleichlautenden Kampagne](#) eingerichtet, an der sich auch der LER beteiligt.

Quelle: <http://www.landesrat-der-eltern-brandenburg.de/nachrichten/> 17.6.2013